

NSDAP. eine Arbeiterpartei?

Diese Artikelreihe ist geschrieben an Hand einiger Kapitel aus dem demnächst im „Internationalen Arbeiter-Verlag“ erscheinendem Buch von David über die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Theorien der Nazis. Wir empfehlen, diese Artikel auszuschneiden und als Diskussionsmaterial zu verwenden.

I. Die Lohnpolitik der Nazis

22 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, zusammen mit ihren Familien zwei Drittel des deutschen Volkes, leben von Lohn, Gehalt und Unterstützung. Wie stellt sich die NSDAP, die sich „Deutsche Arbeiterpartei“ nennt, zu den Fragen, die die Lohn- und Gehaltsempfänger am ehesten bewegen?

Viel mehr als die Versprechungen für die ferne Zukunft des „Dritten Reiches“ interessiert die Arbeiter und Angestellten die raue Gegenwart. Nicht so sehr der von den Nazis versprochene Himmel auf Erden im fernen Hitler-Reich, sondern ihre Politik und Praxis in der Gegenwart gilt es zu klären. In wessen Interesse liegt diese Politik und Praxis?

Wie stehen die Nazis zum Tarifvertrag?

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden im Deutschland der Nachkriegszeit überwiegend durch Tarifverträge geregelt. Das Fundament des Tarifvertrages ist seine Unabdingbarkeit, d. h. die im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen können im individuellen Arbeitsvertrag nicht verschlechtert werden, auch wenn beide, Unternehmer und Arbeiter, dazu willens sind. Seit Jahr und Tag laufen die Unternehmer gegen die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages Sturm, wenn nicht offen, so unter der Tarnung des Schlagswortes: „Auflockerung der Tarifverträge“. Die Unternehmer erklären, sie „bejahen“ den Tarifvertrag, nur so er zu stark, er müsse elastisch gestaltet, aufgelockert werden. Die „Auflockerung der Tarifverträge“ ist insbesondere seit Herbst 1931 der wichtigste Sturmbau der Unternehmer gegen den Tarifvertrag. Die Unternehmer sollen — mit oder ohne Hilfe des Schlichtungsapparates — das Recht erhalten, in „notleidenden Betrieben“ untertarifliche Löhne zu zahlen. Daß die meisten deutschen Betriebe es leicht haben, zu beweisen, daß sie „notleidend“ sind, versteht sich von selbst. Die Brüningregierung hat mit der Unterstützung der Gewerkschaftsführer eine Reihe Schritte auf dem Wege der „Auflockerung“ gemacht. Die Unternehmer versprechen sich mit Recht durch die „Auflockerung“ einen weiteren Berg rußisch des Lohnes und die radikale Verschlechterung aller anderen Arbeitsbedingungen. Was sagt dazu die NSDAP?

In einem ausdrücklich als parteiamtlich bezeichneten Aufsatz, der „die vollste Billigung des Führers der NSDAP. gefunden hat“, schildert Gregor Straker die Stellungnahme seiner Partei zum Tarifvertrag, „wie sie immer war und immer sein wird“, folgendermaßen:

„Darum bejahen wir das Tarifrecht. Darüber hinaus bejahen wir das Leben... Es kann Zeiten und Umstände geben, die Ausnahmen vom Tarifrecht notwendig machen.“ („Völkischer Beobachter“, 15. November 1931; „Arbeiterforum“, 15. Dezember 1931.)

Die Stellung der NSDAP zur Unabdingbarkeit, mit der der Tarifvertrag steht und fällt, läßt also keine Zweifel übrig. In einer geheimen Denkschrift der „Reinigung der Deutschen Arbeitergeher-Verbände“ an die Reichsregierung vom 18. September 1931 wird wörtlich übereinstimmend mit Gregor Straker erklärt:

„Die Reinigung der Deutschen Arbeitergeher-Verbände kämpft nicht im Grundgedanken des Tarifvertrages... sie erhebt lediglich gegenüber seiner schematischen Durchführung die Forderung der Sicherstellung der erforderlichen Elastizität.“

Mitte Februar 1932 wurden die Fragen des Tarifvertrages in einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Hauptauschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unter dem Vorsitz von Krupp behandelt. Nach dem Bericht der „Berliner Börsenzeitung“ vom 20. Februar 1932 sprach in dieser Sitzung der Referent, Geheimrat Rasfel, von der Notwendigkeit der elastischen Gestaltung des Tarifvertrages und sagte:

„Das bedeutet keine Angriff auf das System der Tarifverträge, sondern eine Anpassung an die wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten, eine Auflockerung der Erklärung.“

Krupp, Koettgen und Gregor Straker fordern wörtlich übereinstimmend die Durchlöcherung der Tarifverträge, die Abschaffung der Unabdingbarkeit, was in der Tat die Zerstückelung des Tarifvertrages bedeutet. Die Versicherung Gregor Strakers, daß seine Partei den Tarifvertrag „bejaht“, ist nach seiner Erklärung über die „notwendigen Ausnahmen vom Tarifrecht“ genau so viel wert, wie die Versicherungen der Unternehmerhände, die genau mit denselben Worten den Tarifvertrag „bejahen“.

Krise und Löhne — Schlichtungswesen

Auch die Frage „Krise und Löhne“ lösen die Nazis nach dem Rezept der Scharfmacher. Es gibt bekanntlich keine Unternehmergehung, die nicht tagelt — tagaus erklärt, Senkung der Löhne führe zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, die Arbeitererschaft sei angeblich selbst an Lohnsenkung während der Krise interessiert. Was sagen die Nazis dazu?

Aus der Fülle von Äußerungen seien hier nur zwei angeführt. Bei Verhandlungen über Entlassung von Angestellten in der Berliner Metallindustrie brachte der „Völkische Beobachter“ (Nr. 201 von 1930) einen Aufsatz, in dem es heißt:

„Die Verhandlungen bei der Berliner Metallindustrie sind wieder gescheitert. Obwohl die Unternehmer sich bereit erklärt hatten, 75 Prozent der ausgesprochenen Kündigungen zuzunehmen (bei Kürzung der Gehälter) und bis Ende des Jahres keine weiteren Kündigungen auszusprechen, hatten die Gewerkschaften jede Verkündigungsabgelehnt. Damit werden — wenn nicht das Reich eingreift — von neuem 6000 Angestellte brotlos. Die Gewerkschaften aber haben den traurigen Ruf, die Lohnkürzungen, die nach dem Beschlag der Unternehmer die Entlassungen unmöglich gemacht hätten, abgelehnt zu haben und so die „sozialen Erregungsmomente“ mit „Erfolg“ verteidigt zu haben.“

Walter Funk, wirtschaftspolitischer Sachverständiger der NSDAP, erklärte in einer preilegegesetzlichen Erwiderung an die „Rote Fahne“ vom 13. November 1931 und in einem Aufsatz im „Angriff“ vom 14. November 1931:

„Es ist allerdings für die Wirtschaft und für den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgesetzten Löhnen beschäftigt werden, die noch einen Beitrag für die Produktion zu-

lassen und dadurch die Arbeitslosigkeit gekoppelt und wirksam bekämpft werden kann.“

Lohnsenkung wird also ausdrücklich als Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in der Krise empfohlen. Gegen die Gewerkschaftsführer, die nach der Meinung des „Völkischen Beobachters“ viel zu unangenehm seien, wird an das Reich appelliert. Das Reich, d. h. die Schlichter, sollen „eingreifen“. Wie sich die deutschen Arbeiter zu den Schlichtern stellen, ist so ziemlich bekannt. Die Führer der NSDAP aber stellen sich zum Schlichter ganz anders. In dem oben zitierten Artikel schreibt Gregor Straker:

„Der Schlichter von heute ist ein armer Mensch, der Kompromisse muß und zu dem die einen mit unbilligen Ueberforderungen, die anderen mit unbilligen Unterangeboten kommen.“

Straker ist also der Auffassung, die Arbeiter kommen zum Schlichter von heute mit „unbilligen Ueberforderungen“.

„Leistungslohn“ und Streiks

Die NSDAP tritt für den „Leistungslohn“ als Form des Arbeitslohnes ein. Das heutige System der Tariflöhne soll gänzlich beseitigt werden. Die Nazis wollen die Festsetzung eines Mindestlohnes für das nackte Leben etwa im Ausmaß der Höhe der Wohlfahrtsunterstützung und darüber hinaus keine Bindungen, sondern Entlohnung nach der geleisteten Arbeit.

Dieses System des Arbeitslohnes war schon immer der Wunschtraum der Scharfmacherischen Unternehmer und ihrer Syndikate. Die Spanne zwischen dem Mindest- und dem Höchstlohn, die auch jetzt viel zu hoch ist, würde beim „Leistungslohn“ unerträglich steigen. Der Arbeiter wird durch „Leistungslohn“ zur Magdallsteigerung der Arbeitsintensität angetrieben. Außerdem

bringt der „Leistungslohn“ die ganz ungeheure Steigerung der Konkurrenz zwischen Arbeiter und Arbeiter. Der Unternehmer erhält die Möglichkeit, jeden Arbeiter gegen den anderen auszuspielen und damit die Ausbeutung der gesamten Belegschaft dauernd zu erhöhen.

1927 streikten die Arbeiter des Norddeutschen Wollkonzerns, des Konzerns der Herren Vahlens — die Vahlens gehörten bekanntlich zu den Gidehern der Nazisbewegung — gegen den dort eingeführten „Leistungslohn“. Dr. Forst, der damalige Syndikus der „Nordwolle“, war der Generalsekretär des „Leistungslohnes“. 1927 und 1928 war dieser Dr. Forst der berufene Referent auf verschiedenen Unternehmertagungen über Leistungslohn. Es muß aber zur „Ehre“ des Herrn Dr. Forst gesagt werden, daß sein Leistungslohn keineswegs so Scharfmacherisch und so brutal ausah, wie der Leistungslohn der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei“. Die Nazis fanden eine Form des Arbeitslohnes, die die höchsten Träume der Scharfmacher in den Schatten stellt.

Wir konnten also in großen Umrissen die Lohnpolitik der Nazis skizzieren. Diese Lohnpolitik steht der Politik von Krupp und Koettgen wie ein Ei dem anderen ähnlich. Bei der Beurteilung der Lohnpolitik der Nazis muß aber noch etwas berücksichtigt werden. Die Nazis treten für den elastischen Tarifvertrag ein; sie „bejahen“ trotzdem den Tarifvertrag. Sie sind also der Auffassung, daß die Löhne beiderseitig, von den Arbeitern und Unternehmern, vereinbart werden. Sonst wäre ihre „Bejahung“ des Tarifvertrages einfach sinnlos. Und nun der springende Punkt: Welche Mittel hat die Arbeitererschaft, um ihre Forderungen bei dem Abschluß einer solchen Vereinbarung durchzusetzen? Doch in der Hauptsache das Mittel des Streiks. Es hätte also die „Bejahung“ des Tarifvertrages seitens der Nazis irgendwelchen Sinn, wenn sie sich zum Streik bekennen. Sind sie gegen Streik, dann sind die Vereinbarungen, von denen sie sprechen, keine Vereinbarungen, sondern einseitige Diktate der Unternehmer. Wie stellen sich die Nazis zum Streik?

Genosse Ruegg in höchster Lebensgefahr!

Nur euer Massenprotest kann den Sekretär der Panpazifikgewerkschaften retten

Die Gerichtsverhandlungen in Nanking gegen Genossen Ruegg und seine Frau mußten wegen höchster Lebensgefahr für die seit dem 2. Juli im Hungerstreik Stehenden abgebrochen werden. Die Ärzte fürchten, daß Genosse Ruegg die nächsten drei Tage nicht mehr überleben wird. Ruegg will seinen Hungerstreik nicht abbrechen, bis sein Prozeß nach Shanghai verlegt ist, wo er Zeugen herbeizitiert kann.

Das Weltproletariat muß durch Massenprotest dem tapferen Genossen zur Hilfe eilen.

Entreißt dem Faschismus das flache Land!

Rüstet zum roten Landsonntag am 16. und 17. Juli!

Für die werktätige Bauernschaft haben Nazis und SPD. nur leere Versprechungen. Wenn es sich aber darum handelt, für die Interessen der unter dem Steuerdruck schmachenden werktätigen Bauern einzutreten, dann müssen sie sich als die Feinde der Bauernschaft entlarven. Die Verhandlungen des Landwirtschaftsausschusses des preussischen Landtages am 4. und 5. Juli haben eindeutig gezeigt, daß die Nationalsozialisten ebenso wie die Deutschnationalen, das Zentrum und die Sozialdemokratie gegen die lebenswichtigen Forderungen der werktätigen Bauernschaft Stellung nehmen.

Entgegen dem Antrag der kommunistischen Fraktion, daß Zwangseingriffe gegen Inhaber kleiner und mittlerer Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Gartenbaus und des gewerblichen Handwerkes verboten werden, beschloßen die Parteien von den Nazis bis zur SPD., daß Zwangseingriffe allgemein bis zum 1. Januar 1933 hinausgeschoben werden. Den grundsätzlichen Antrag der kommunistischen Fraktion lehnten sie ab.

Am Sonnabend und Sonntag ist Landsonntag. Antifaschisten, hinaus aufs Land, entzweit dem Faschismus das flache Land, stellt Agitationskolonnen zusammen, die mit den werktätigen Bauern und den Landarbeitern diskutieren, sie aufzureisen und für die antifaschistische Kampffront gewinnen.

Keine Betriebszelle, keine Strahlenzelle darf fehlen. Die Eroberung des flachen Landes ist eine der Kernaufgaben in der antifaschistischen Kampfweise!

SPD.-Führer einig mit Gansl in der „Beurteilung von Terrorakten“

Gestern waren die SPD.-Führer Wels und Breitscheid wieder einmal bei dem monarchistischen Reichsinnenminister von Gansl, um sich über die Mordtaten der Nazis zu beschweren. Nach den bürgerlichen Meldungen herrschte zwischen Gansl und den SPD.-Führern „volle Uebereinstimmung“ in der Beurteilung von „Terrorakten, von welcher Seite je auch kommen“. Gansl betonte, daß die Bekämpfung von „Ausfressungen“ Sache der Länderregierungen sei, die dieser Aufgabe völlig gewachsen wären.

Diese Erklärung der SPD.-Führer ist ein Dolchstoß in den Rücken der gegen die braunen Mordtaten sich mehrenden Arbeiter. Die Arbeiter wissen, daß eine unverschämte Heße gegen Kommunisten und Reichsbannerarbeiter von den Faschisten organisiert wird. Die Erklärung der SPD.-Führer ist nichts anderes als eine Zustimmung zu dieser niederträchtigen Verbotsheße. Schon heute erklären sich die SPD.-Führer mit allen angeführten scharfen Maßnahmen gegen die kommunistische Partei einverstanden. Daß gegen die EU. nichts unternommen wird, ist bei dem Wapen-Gansl-Kurs selbstverständlich und wurde zu allem Ueberfluß von Gansl selbst noch bestätigt.

Reichsbannerkameraden, SPD.-Kollegen! Ihr werdet von der braunen Mordpest niedergeschlagen! Wenn ihr euch zur Wehr setzt, fallen euch eure Führer in den Rücken! Kommt ihr dies Verräterpiel noch länger mitmachen? Schluß damit! Her zur roten Front der antifaschistischen Aktion!

Der Tod des Schuhkönigs Bata

Prag, 12. Juli. In der Nähe des Flugplatzes Zlin in Mähren stürzte heute ein Flugzeug aus 700 Meter Höhe ab. Im Flugzeug befand sich der Schuhkönig Bata. Er und der Pilot sind tot.



Das Unternehmen Bata war das größte Schuhunternehmen Europas. Bata beschäftigte 12.000 Arbeiter und fabriizierte 100.000 Paar Schuhe täglich. Er gehörte zu den schärfsten Ausbeutern. Seine Arbeiter holte er sich aus den rückständigsten Schichten. Er duldete keine Organisation in Gewerkschaften oder politischen Organisationen. Die Löhne in seinem Unternehmen waren die niedrigsten in der ganzen Tschechoslowakei. Auch sein Unternehmen wurde mit von der Krise erfaßt.

VOLKSBUHNE Theater am Bülowplatz 8 1/2 Uhr Geld ohne Arbeit	Bekleidung Wenig getragene alt neue Herren- anzüge zu sa- berhalt billigen Preisen. Anzüge Zwischenmäntel, Balletts, Frack- Anzüge und Gehrockenmäntel, Hosen, Gelegen- heitsmäntel in neu- er Garderobe, Damenmäntel, Wetterer Weg- lohnend. Volkreit- er Straße 56, Ereple (Hofen- hafer Platz).	Ballenräder Riefenauswahl, allerbilligst, Diamantballen, Diamantballen, Bordballen, Mandorballen, Ergänzballen, Multiplerballen, Manofohallen, Bitterballen, Brennballen, Zeilballen 10.- monatlich, Spezialräder 35.- u. 45.- M. Säbale, Reinmeterr. 4	Serrenzimmer 173-750, Klub- zimm. 9.50, Ameri- kane, Kautien- alle 56, Gde Fechbelliner Str.
PLAZA 5a, 3a, 3b, 2, 5, 8 Nur noch 3 Tage! Ein Valertraum	Besohl- anstalten Garantie- Reparatur Beste Ausführung, Annahme von Wohnfahrtschei- nen, Angewandte Straße 14, Gde Hofen- u. Friebrich- Straße.	Fahrräder Teilhaltung! Monatraten 10.- Nachraten 3.- Wandner, Gde Hofen, Opel, Dite- lopp, Witter, Sport-, Renn- u. Toureräder 55. an, Ballon 68. Benutzte Sport Brennballen (post Hofen, Klein, Charlottentura, Bismarckstr. 62.	Vermischtes Führen aller Art werden billig gefahren. Bruno Joete, Baubau, Ses- butter Straße 7.

Redegewandte Genossen

für eine ständige Anzeigenwerbung gesucht. — Bei intensiver Tätigkeit gute Verdienstmöglichkeiten. Meldungen: Freitag, den 15. Juli, zwischen 12—2 Uhr im Lokal Schulz, Elisabethstraße 50 (Alexanderplatz) Hoflokal